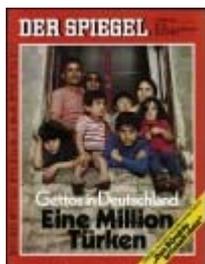


## Gemeinwesenarbeit: Ein Handlungsansatz für eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft

Bahar Sanli, Markus Runge



»Die Türken kommen, rette sich wer kann« titelte das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL 1973 in seinem Leitartikel der Ausgabe 31/1973 »Ghettos in Deutschland –Eine Million Türken« und warnte vor einer Invasion. Es ist das Jahr des Anwerbestopps mit der Türkei und markiert damit auch das Ende des sogenannten Gastarbeiter-Migrationsregimes. Migration sollte schon damals steuerbar, kalkulierbar und von Nutzen sein.

Die entwürdigenden ärztlichen Untersuchungen und die sogenannten beruflichen Eignungsprüfungen der Gastarbeiter\*innen durch eine Kommission bzw. durch deutsche Arbeitsämter in den Herkunftsländern dienten zur Feststellung der ökonomischen Verwertbarkeit ihrer Körper und waren Ausdruck von Macht eben dieses Migrationsregimes. Eines Regimes, das knapp 10 Jahre zuvor Armando Rodrigues aus Portugal, dem millionsten Gastarbeiter, zur Begrüßung einen Blumenstrauß, eine Urkunde und ein Moped schenkte. Damals waren sie noch willkommen – als Arbeitskräfte, vorgesehen für eine begrenzte Zeit.



Doch welchen symbolischen Stellenwert hat diese Willkommens-Geste angesichts der Verweigerung von Rechten und der Zugangsbeschränkungen zu Bildung, Arbeit oder Wohnen und angesichts von Bildern, die 10 Jahre später Schreckensszenarien von Überfremdung inszenieren, die bis heute weiter erzählt werden? (1) Es ist die Erzählung von einem »Ansturm der Armen - Flüchtlinge-Aussiedler-Asylanten« (Spiegel, 37/ 1991), von einer »Asylantenkatastrophe« (Bild, 1991). Aus dem Off tönt es »Deutschland den Deutschen. Ausländer raus«. »Das Boot ist voll« – diese Parole, mit der die Republikaner im Wahlkampf 1991 Stimmung gegen die Geflüchteten machen, wird von bürgerlichen Medien rhetorisch aufgegriffen. (vgl. Pagenstecher 2010, S.7-12) (»Das Boot ist voll. Schluss mit Asylbetrug«. Republikaner Wahlplakat, Juni 1991) Die Politik spricht von Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten. Diese politische und mediale Bildsprache manifestierte sich auf der Straße in der zunehmenden, rassistischen Gewalt gegenüber Bewohner\*innen mit Migrations- und Fluchterfahrungen. Diese Gewalt mündete in den Pogromnächten von Rostock-Lichtenhagen, von Hoyerswerda, von Mölln und Solingen.

Die politische Antwort darauf waren der sogenannte Asylkompromiss, die 1. Asylrechtsverschärfung 1993, der Ausbau einer Abschiebeinfrastruktur, der Finanzierung von Rückkehrberatungen bei gleichzeitigen Kürzungen der Asylberatungen und die darauffolgenden Kategorisierungen von Einwander\*innen in EU-Bürger und Drittstaatenangehörige. Die Betroffenen wurden bestraft.

Die sogenannte Integration scheint unter diesen Voraussetzungen einer Sisyphusaufgabe zu gleichen. In dieser Zeit entstanden zahlreiche politische Selbstorganisationen wie 1998 die Kanak Attak Plattform, die sich selbstbewusst gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung auflehnte und an der Deutungshoheit und Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft rüttelte. Kanak Attak propagierte das Ende der Dialogkultur, die nur zur Befriedung dienen sollte (2). Bewohner\*innen mit Migrations- und Fluchterfahrung und ihre Angehörigen sind politische Subjekte, die sich nicht ihren Platz in der Gesellschaft zuweisen lassen, sondern ihn nehmen! Sie fordern Rechte ein, anstatt sich Pflichten auferlegen zu lassen. Integration NEIN Danke!

1998 ist auch das Jahr, in der die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant\*innen unter dem Motto »Wir haben keine Wahl. Aber eine Stimme« die Kämpfe von Geflüchteten und Migrant\*innen zusammenführte und sich in den Wahlkampf einmischte. Während die Politik noch von Integration sprach, sind diese und die nachfolgenden Selbstvertretungen mit ihren Kämpfen und Forderungen Pioniere eines Weges weg von der Integration in Richtung Inklusion.

### ***Was hat diese Vergangenheit mit der gegenwärtigen Entwicklung und mit Gemeinwesenarbeit (GWA) zu tun?***

Wenn wir von der gegenwärtigen Zuwanderung und den Herausforderungen sprechen, so hält uns die Vergangenheit einen Spiegel vor. Die Bildsprache, die Rhetorik, die Ereignisse und die Abläufe der heutigen Asyldebatte gleichen einem Déjàvu - auch wenn die Perspektive von Geflüchteten in den Medien mehr Raum bekommt (3). Und wie zuvor zeigen sich Auswirkungen globaler Entwicklungen und Entscheidungen auf der lokalen Ebene. Die Menschen kommen in den Nachbarschaften an. Von hier aus beginnt der Kampf in der Regel unter menschenunwürdigen Wohnbedingungen um Anerkennung, Respekt und um ein menschenwürdiges Leben.

In der Auseinandersetzung mit der Fragestellung »Wie die gegenwärtige Zuwanderung die GWA verändert?« haben wir uns erstmal gefragt: Warum sollte sie sich gerade jetzt verändern? Die Vergangenheit bot viele Momente, in der sich GWA hätte verändern, auf die Verhältnisse hätte pro aktiv hinwirken können – nicht nur punktuell. Warum jetzt?

Gemeinwesenarbeit führt heute kein Nischendasein mehr. Sie kann eine Antwort auf die gegenwärtige Zuwanderung und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen geben. Sie kann interdisziplinäre Räume für einen kritischen Migrationsdiskurs schaffen und den hegemonialen Integrationsdiskurs durchbrechen. Wenn es in vielen Stadtteilen Gemeinwesenarbeit gäbe, wären die Aufgaben wahrscheinlich leichter zu bewältigen. In der Forderung der Neuen Deutschen Organisationen (4) nach einer Politik für eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft und der Kritik an einer Politik für Migranten wird die Verschiebung in Richtung eines solidarischen, inklusiven Gemeinwesens deutlich. Gleicht das nicht einem Ruf nach GWA?

Die aktuelle Zuwanderung bietet Gelegenheit, mit Blick auf die Geschichte von GWA kritisch deren unser Selbstverständnis zu reflektieren. Sie bietet Gelegenheit, sich wieder der Wurzeln und der Aufgaben von GWA in der Tradition vom Hull House (Jane Addams) zu erinnern, etwas zu wagen und erst recht an den Verhältnissen anzusetzen. D.h. auch, keine Soziale Arbeit ohne politische Arbeit. (5)

Kein anderes Thema wie das der »steigenden Mieten« zeigte bislang so offensiv die Notwendigkeit der Verschränkungen sozialer und politischer Arbeit in der GWA. In Städten wie Hamburg oder Berlin finden Kämpfe und Proteste von Stadt(teil)bündnissen wie dem Berliner Ratschlag, dem Bündnis Solidarische Stadt, Kotti und Co. oder dem Hamburger Recht auf Stadt-Netzwerk statt. Mit Slogans wie »Keine Profite mit der Miete« oder »Hoch mit den Löhnen, runter mit den Mieten« positionieren sie sich gegen eine neoliberale Stadtpolitik. Die Solidarisierung dieser Initiativen und Netzwerke mit Kämpfen von Geflüchteten u.a. um dezentrale, menschenwürdige Wohnformen zeigt auf, dass kein »Flüchtlingsproblem«, sondern wie in der Plenum-Erklärung vom Recht auf Stadt-Netzwerk vom 25.02.2016 hervorgehoben, ein Wohnungsproblem existiert. In diesen Städten haben sich GWA-Ansätze herausgebildet, die politische und Soziale Arbeit bereits miteinander verknüpfen. Kolleg\*innen aus Hamburg, Berlin u.a. Städten sind mittendrin in diesen Kämpfen – als Partner und Akteur auf Augenhöhe. Sie bieten ihr professionelles Wissen, ihre Ressourcen und ihre Netzwerke als Unterstützung an.

### ***Warum kann GWA jetzt eine Antwort geben?***

Vielfalt gehört mehr denn je zur Alltags- und Lebensrealität in dieser Gesellschaft. Laut dem Mikrozensus 2014 haben 16,3 Mio. Bewohner\*innen einen Migrationshintergrund – das macht 20% der Gesamtbevölkerung aus. Darunter sind 5,7 Mio. Kinder. 61,1 Prozent der Bewohner\*innen mit Migrationshintergrund lebten 2014 in städtischen, 12,3 Prozent in ländlichen Regionen. Bewohner\*innen mit Migrations- und Fluchtbiographie und deren Nachkommen sind schon längst fester Bestandteil dieser Gesellschaft. Diese Realität kann durch Rechtspopulisten und Rechtsextreme nicht aberkannt werden. Sie braucht auch nicht mit einem Vertrag, einer Unterschrift oder einer offiziellen Rede anerkannt zu werden. Diese Menschen sind da – dies ist eine Tatsache!

Das Expertenwissen aus sogenannten Einwanderercommunities gilt es in unserer Arbeit konsequent mitzudenken und zu Rate zu ziehen. Der hohe Grad an sozialer und politischer Selbstorganisation als Ausdruck des Wunsches nach echter Partizipation schafft Strukturen, für die wir z.B. in stadtpolitischen Netzwerken und Bündnissen Raum bieten können. Mit dieser Herangehensweise können wir bei Themen wie »Wahlrecht für Alle« oder »Bleiberecht für Alle« den Raum der Selbstvertretungen mit dem der Stellvertretungen zusammenbringen- als ersten Schritt in eine solidarische und inklusive Nachbarschaft. In dem wir Raum für echte Partizipation vorbereiten und Zugänge zu Wissen und damit zu sozialen und politischen Rechten vermitteln, unterstützen wir als Gemeinwesenarbeiter\*innen die Menschen darin, sich selbst weiterhin als politische Subjekte wahrzunehmen.

Denn die Entscheidung zur Flucht, ob aus politischen oder sozialen Gründen, ist ein politischer Akt. Der Überlebenskampf auch hier vor Ort, die Suche nach Grauzonen und Schlupflöchern, die Organisation des Alltags und der Aufbau von informellen Strukturen, das Ausfindigmachen von diesen – all das sind politische Handlungen.

Ein Aktivist im Bündnis »Wahlrecht für Alle« sagte in einem Gespräch: »Als ich nach Deutschland kam, legte ich mein Ich als politisches Subjekt ab. Ich hatte keine Stimme mehr, nur noch Hände, die arbeiten sollten.«

Auch heute sollen sich Geflüchtete schnell in die Arbeitswelt integrieren, da dies der erste Schritt in die gesellschaftliche Integration sei. Begleitet wird diese Forderung von Debatten um qualifizierte und nicht qualifizierte Geflüchtete. Was ist mit Analphabeten, Kranken, Beeinträchtigten und Älteren unter den Geflüchteten?

Ja, Arbeit ist ein Baustein auf dem Weg in diese Gesellschaft wie für andere Gruppen auch. Aber der erste Schritt wäre die Stärkung der Menschen als selbstbestimmte, selbstwirksame und aktive Mitglieder dieser Gesellschaft, als politische Subjekte, die Rechte haben und dieser nicht erneut beraubt werden dürfen – unabhängig davon, ob sie Lohnarbeiter\*innen sind oder nicht.

Arbeit, Wohnen und Bildung sind Bausteine, die auf diesem Fundament aufbauen.

Unsere Aufgabe sollte vor allem darin bestehen, die Frage z.B. nach menschenwürdigem, bezahlbarem Wohnen, nach gerechten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen und nach einem Bildungssystem ohne Klassismus und Rassismus zu stellen.

Diese Fragen sollte die GWA in die Öffentlichkeit tragen und dabei deutlich die Überschneidungen zu anderen marginalisierten Gruppen aufzeigen und die Ursachen der Verteilungskämpfe, die leider stattfinden, benennen.

Wie sehen nun die konkreten Herausforderungen vor Ort aus? Diese bewegen sich im Grunde auf drei Ebenen.

- Sie verändern unsere Rahmenbedingungen und die Arbeitsweise der GWA.
- Sie betreffen insbesondere die Themen Partizipation und Empowerment.
- Sie verändern unsere Perspektive und schärfen den Blick auf Nachhaltigkeit.

## 1. Rahmenbedingungen und Arbeitsweise der GWA

### 1.1. Digitalisierung der Kommunikationsstrukturen

Wir erleben eine bisher nicht gekannte Vernetzung, Mobilisierung und Organisation über facebook, whatsapp, telegramm im virtuellen Raum. Der Umgang damit wird für die GWA von besonderer Bedeutung sein. Viele Informationen sowie die Verständigung über aktuelle Entwicklungen und das nächste Vorgehen werden rasend schnell genau hier und nur hier kommuniziert. Die Abgrenzung zu dieser neuen Kommunikationsform ist zugleich aber auch eine Herausforderung. Hier wird 24 Stunden 7 Tage die Woche kommuniziert. Hier gibt es kein Wochenende und keinen Feierabend. Klinkst Du Dich als GWAlerin aus, bist Du abgeschnitten von einer zentralen Informationsquelle.

Auf der anderen Seite schafft dieser virtuelle Raum, der keine geographischen Grenzen setzt, ein Gemeinschaftsgefühl und fördert Solidarisierungsprozesse.

Diese Kommunikationskanäle sind selbstbestimmt, selbstgewählt und schaffen Handlungsmacht. Die Dokumentation von Missständen in einer Unterkunft bspw. konnte ohne Bemerkungen der Heimleitung stattfinden und

nach außen weitergetragen werden. Die Ehrenamtlichen aus der Nachbarschaft sammelten diese, um sie im Auftrag der Bewohner\*innen dieser Notunterkunft bei einem Runden Tisch als Beweise vorzulegen.

Diese Fotos und anonymisierte Aussagen haben einen Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende doch Verbesserungen erzielt wurden und der Betreiber für weitere Unterkünfte nicht mehr zugelassen wurde. Diese Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und der Solidarisierung gegen Unrecht konnten erst aus diesem virtuellen Raum heraus ermöglicht werden.

Desweiteren bieten uns diese Kommunikationsstrukturen eine Lösung für die Aufrechterhaltung der Kontakte und Beziehungen an, wenn die Bewohner\*innen aus den Notunterkünften nicht in Wohnungen in unserer Nachbarschaft untergebracht werden können. »Staying in contact« – eine Nachbarschaft, die sich virtuell organisiert und real trifft – unabhängig davon, wo die einzelnen Personen leben. Wir können über diese Gruppe unsere Kontakte in anderen Stadtteilen einbringen und bei Umzug vermitteln. Wir greifen hier bereits bestehende Organisationsstrukturen von Geflüchteten auf. Eine Herausforderung wird sein, wie wir im virtuellen Raum die sprachlichen Barrieren überwinden können.

### **1.2. Verstreutes Wissen**

Im Stadtteil existieren viele Projekte, Angebote, von denen Mitwirkende und Betroffene oft zu spät erfahren. Das Wissen ist verstreut, teilweise existieren Parallelstrukturen. Wir haben hier ein Defizit - und woanders ein Überangebot. Dieses Wissen zu sammeln, zu vernetzen und auf einer Plattform bereitzustellen, ist eine große Herausforderung, die allerdings für alle Beteiligten notwendig ist. Das braucht Zeit und Ressourcen.

### **1.3. Höchst professionelle Freiwillige(ninitiativen)**

Wir erleben Unterstützer\*innen(Initiativen), die in ihrem Handeln und Wirken, in ihrer Logistik und in ihren basisdemokratischen Strukturen höchst professionell organisiert sind. Es handelt sich um Freiwillige, die selbstständig und unabhängig wirken. Wir erleben Unterstützer\*innen aus der Nachbarschaft oder die Initiative »Kreuzberg hilft« als unabhängig, politisch und mit Vereinen, Institutionen und den Medien sehr gut vernetzt.

Sie besitzen Handlungsmacht und stellen Forderungen z.B. nach menschenwürdigen Wohnbedingungen oder nach echter Partizipation von Unterstützer\*inneninitiativen und Migranten- sowie Flüchtlingsselforganisations bei Strategie- und Konzeptentwicklungen zur sogenannten Integration von Geflüchteten.

Im Nachbarschaftshaus Urbanstraße arbeiten wir mit ihnen auf Augenhöhe und partnerschaftlich eng zusammen. Wir vermitteln und moderieren in Konflikten z.B. zwischen Betreiber\*innen und Unterstützer\*innen. Es gibt private Betreiber\*innen, ähnlich wie im Bereich der Obdachlosenunterkünfte, die mit dem Elend und der Not der Menschen Profite machen. Unterstützer\*innen, die diese Mängel aufdecken und im Auftrag von Bewohner\*innen dieser Unterkünfte zur Sprache bringen, erhalten z.B. Hausverbot.

Wenn die Vermittlungsversuche scheitern, bedarf es einer politischen Arbeit, die z.B. Raum für zivilgesellschaftlichen Protest schafft.

Bei dieser sehr guten Zusammenarbeit müssen wir uns auch mit den »Kontroversen ums Ehrenamt in Zeiten des flüchtlingspolitischen Versagens« (6) auseinandersetzen.

Eine weitere Herausforderung dabei ist, dass wir aufgrund der politischen und finanziellen Rahmenbedingun-

gen den Weg, den Initiativen beschreiten, nicht ohne Abwägungen mitgehen können. Dieses Dilemma kennen wir bereits aus der Zusammenarbeit mit stadtteilpolitischen Initiativen zum Thema Mieten.

#### 1.4. Machtverhältnisse und Verteilungskämpfe

Wir bewegen uns mit Blick auf die Arbeit mit Geflüchteten in einem Rahmen, in dem asymmetrische Machtverhältnisse reproduziert und verfestigt werden können. Diese aufzudecken, zu skandalisieren, für diese zu sensibilisieren und dem einen diskursiven Raum zu geben, ist eine große Herausforderung. Wir müssen uns mit der Gender-Race- und Klassenfrage auseinandersetzen.

Ehrenamtliche sind mehrheitlich weiße, deutsche Frauen und Geflüchtete wiederum mehrheitlich alleinstehende junge Männer. (vgl. EFA-Studie 2016, S.15,19 & BAMF-Aktuelle Zahlen zu Asyl 5/2016, S.7) Zwischen diesen Gruppen können sich verschiedene Konstellationen asymmetrischer Machtverhältnisse im Hinblick auf Gender, Race und/oder Klasse ergeben, die es zu dekonstruieren gilt.

In der Kategorie »Gender« können diese asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen deutschen und geflüchteten Frauen ebenfalls auftreten, wenn z.B. eine weiße, deutsche Unterstützerin ihre Einzelerfahrungen als ehemalige Lehrerin mit Töchtern aus sogenannten Gastarbeiterfamilien auf junge Frauen aus farsisprachigem Raum projiziert und bei ihrer Unterstützung die Bedürfnisse dieser jungen Frauen nicht berücksichtigt. Folglich braucht es einen alltagsorientierten Diskurs über die Arbeit mit Geflüchteten im Stadtteil aus der Genderperspektive.

Wir bewegen uns in unserer Arbeit in Konflikten und Konkurrenzen unter den benachteiligten, marginalisierten Gruppen. Einwohner\*innen mit Flucht- und Migrationsbiographie, die seit Jahren und Generationen einen Teil dieser Gesellschaft bilden, haben Ängste und Sorgen, dass sich ihre Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen verstärken. Und diese Ängste und Sorgen sind berechtigt. »Der Rassismus im Alltag nimmt zu« titelte die Zeit am 13.05.2016 und berichtete, dass »die Polizei in Hamburg im 1.Quartal eine rassistische Beleidigung am Tag registrierte. Frauen mit Kopftuch seien am häufigsten betroffen.«

In verschiedenen Kontexten taucht immer wieder die Bemerkung auf, dass selbst unter den Bewohner\*innen mit Migrations- und Fluchterfahrung Vorbehalte gegenüber Geflüchteten existieren würden. Das mag sein, aber auch hier sollten wir die Ursachen und Gründe thematisieren und die Sorgen Ernst nehmen. »Als wir damals hergekommen sind, gab es kein »Willkommen«, gab es diese Hilfe nicht. Wir mussten uns alleine durchkämpfen.« In dieser Aussage einer Frau, die in den 80er Jahren aus dem Libanon geflohen ist, drückt sich kein Neid, sondern Schmerz und Verbitterung aus.

Wie gehen wir damit um? Wie können wir Schmerz und Hoffnung zugleich Raum geben? Wie argumentieren wir? Was gab es damals noch nicht, was es heute gibt, was wir für Erklärungen heranziehen können?

Diese Fragen gelten auch für andere Gruppen. Wir sehen Verteilungskämpfe und Konkurrenzen zwischen Wohnungslosen und Geflüchteten, zwischen Erwerbslosen und Geflüchteten, zwischen ALGII-Beziehenden und Geflüchteten, zwischen prekär Beschäftigten und Geflüchteten usw.. Nur wann zählen Geflüchtete zu Einwander\*innen, zu Erwerbslosen, ALGII-Beziehenden, Prekärbeschäftigten oder Wohnungslosen?

Diese Gruppenstigmatisierungen und Etikettierungen aufzubrechen, Solidarisierungsprozesse zu begleiten und den Blick auf die strukturellen und politischen Ursachen zu wenden, zählen mitunter zu den größten Herausforderungen in unserer Arbeit.

## 1.5. Finanzierung

Wir haben gegenwärtig ungewohnte finanzielle Spielräume- angesichts zahlreicher Finanzierungen für die Arbeit mit Geflüchteten ist die Herausforderung, wie bzw. ob sich darüber nicht auch GWA finanzieren lässt. Wir haben gerade zwei dreijährige Projektfinanzierungen eingeworben, über die sich unserer Ansicht nach durchaus auch Gemeinwesenarbeit realisieren lässt – eine Aktion Mensch-Förderung und eine Förderung über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Oft sind es allerdings nur kürzere Förderzeiträume, die mit dem Interesse GWA zu realisieren, unbrauchbar sind. Vielmehr bräuchte es mehrjährige Regelfinanzierungen mit größeren Gestaltungsspielräumen, die der GWA Perspektive geben und z.B. auch zu zusätzlichen Personalressourcen wie Dolmetscher\*innen verhelfen.

## 2. Partizipation & Empowerment von Geflüchteten: Kein Objekt der Fürsorge, sondern politisches Subjekt!

Menschen mit Fluchterfahrungen sind nicht per se Hilfsbedürftige. Es gilt sie nicht zu beschäftigen oder zu bespielen. Sie sind keine Objekte der Fürsorge, sondern, wie bereits zuvor ausgeführt, politische Subjekte. Es existieren zahlreiche Selbstorganisationen wie The Voice, Women in exile e.V. oder International women's space, die bundesweit vernetzt sind und agieren. Der lange Marsch nach Berlin, Proteste in verschiedenen Großstädten sind Beispiele für die gegenwärtige Geschichte der Proteste von Geflüchteten und Ausdruck eines politischen Selbstverständnisses.

Leider sind diese Initiativen und Organisationen noch zu wenig in Runden Tischen oder Arbeitsgruppen in der Nachbarschaft vertreten. In Stadtteilbündnissen mit Institutionen, Organisationen und Verbänden sind Flüchtlings-selbstorganisationen unserer Erfahrung nach kaum präsent. Als Gemeinwesenarbeiter\*innen müssen wir dieses Ungleichgewicht thematisieren und aufbrechen, in dem wir gezielt an Selbstorganisationen herantreten und zur Partizipation am Aufbau von Stadtteilbündnissen, wie wir es gegenwärtig beim Aufbau eines Kreuzberger Bündnisses «Migration-Flucht-Inklusion» umsetzen wollen, einladen.

Auch hier stellt sich uns die Frage, was ist mit jenen Personen, die nicht organisiert sind, gerne etwas verändern würden, aber von Tag zu Tag leben, sich in einer Krisenbewältigung befinden? Eine Frage, die wir aus der Mobilisierungsarbeit von obdachlosen Bewohner\*innen im Bündnis »Solidarische Stadt« kennen. Ein obdachloser Aktivist im Bündnis sagte bei einem Treffen: »Wenn du tagtäglich ums Überleben kämpfen musst, ist politische Arbeit Luxus!«

## 3. Perspektiven & Nachhaltigkeit

Überall da, wo Unterkünfte und Wohnungen für Geflüchtete bereitgestellt werden, könnte GWA in besonderem Maße gebraucht und eingesetzt werden – mit unterschiedlichen Facetten – um a) echte Beteiligung zu ermöglichen, b) solidarische Bündnisse aufzubauen, c) Ängste und Widerstände zu bearbeiten und d) um Begegnungsräume zu schaffen, u.v.a.m.

Begleitet werden müssten diese Handlungsfelder von einem kritischen Diskurs für ein solidarisches, inklusives und gerechtes Gemeinwesen.

Aktuell erhalten wir aus den selbstorganisierten Strukturen die Rückmeldung, dass diese die Arbeit allein nicht bewältigen und sich teilweise eine professionelle Begleitung in Form von GWA oder Community Organizing

wünschen würden. Der Ruf nach GWA darf angesichts einer im Moment zumindest abebbenden Zuwanderung nicht verhallen, sondern muss im Gegenteil nach Bewältigung dieser aktuellen Situation eher noch stärker werden.

Doch wie werden wir neben dem großen Thema »Fluchtzuwanderung« auch noch anderen Themen in den Stadtteilen gerecht? Wie können wir Akteure wie Verbände in die Bündnisarbeit auf (an?) der Basis mit einbeziehen? So wie der Ruf nach GWA existiert, so existiert ebenso ein Ruf nach Verbänden, die auf die Straße gehen und sich mit der Basis zusammenschließen. »Positionspapiere, Stellungnahmen seien gut, aber zeigten wenig Wirkung. In den 70ern gingen Verbände noch auf die Straße« heißt es immer wieder aus den Basisbewegungen – nicht nur das Thema »Fluchtzuwanderung« betreffend.

GWA hilft gegenwärtig die aktuellen Herausforderungen der Zuwanderung zu bearbeiten. Wichtig wäre es aber, bald seitens der GWA die langfristigen Herausforderungen stärker in den Blick zu nehmen und Themen wie Arbeit, Wohn, nachbarschaftliche Netzwerke etc. zu bearbeiten.

Aus unserer Sicht braucht es daher GWA und entsprechende Finanzierungen dafür in wachsendem Maße.

## Anmerkungen

---

(1) Beispielhaft seien hier der Ausschluss vom Wahlrecht z.B. für Drittstaatenangehörige, die Ausländerregelklassen in den 70ern, der Ausschluss der Bildungsinländer\*innen vom Auslands-Bafög bis 2004, Einschränkung bzw. Aufhebung des Rechts auf Freizügigkeit- Wohnortzuweisungen, die Vorrangprüfung für den Arbeitsmarktzugang u.v.a.m.

(2) vgl. [www.kanak-attak.de](http://www.kanak-attak.de)

(3) Hier seien beispielhaft das Asylpaket 2 (17.03.2016) zu nennen, der Anstieg rassistischer Gewalt und Hetze gegenüber Flüchtlingen (<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>), die öffentliche Diskussion um die Medienberichterstattung und die darauffolgenden, kulturalisierenden Diskussionen um die sexuelle Gewalt in der Silvester-Nacht 2015 in Köln, das geplante Integrationsgesetz (zum 07.07.2016 verabschiedet)

(4) <http://neue-deutsche-organisationen.de/de/>

(5) Als politische Aktivistin und Gemeinwesenarbeiterin vereinte Jane Addams in ihrem Handeln und Wirken diese beiden Felder.

(6) Das Medibüro hat zu seinem 20jährigen Bestehen unter dem Titel „Es ist uns keine Ehre! Kontroversen um Ehrenamt in Zeiten flüchtlingspolitischen Versagens“ eine Diskussion am 22./23.4.2016 mit anderen ehrenamtlichen Initiativen veranstaltet. [http://www.medibuero.de/de/News/Es-ist-uns-keine-Ehre\\*Diskussion-und-Party-22-und-23-April2016.html](http://www.medibuero.de/de/News/Es-ist-uns-keine-Ehre*Diskussion-und-Party-22-und-23-April2016.html), Zugriff: 10.04.2016

## Literatur

---

Bojadzije, Manuela (2015) : Zwölf Quadratmeter Deutschland. Staatliche Maßnahmen und das Konzept der Autonomie, in: <http://www.kanak-attak.de/ka/text/zwoelf.html> , Zugang vom 19.08.2015

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: Mai 2016 unter [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-mai-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-mai-2016.pdf?__blob=publicationFile) , Zugriff: 01.06.2016

Düvell, Franck (2005): »Freiwilligen Rückkehr«, Seite 61-67 In: Flüchtlingsrat, Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen, Ausgabe 6/04, Januar 2005 unter <http://www.nds-fluerat.org/rundbr/ru104Europa/Ru104.pdf> , Zugriff: 01.06.2016

Karakayali, Serhat, Kleist, J.Olaf (2015): EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin: Berliner Institute für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin 2015, unter [http://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16\\_EFA-Forschungsbericht\\_Endfassung.pdf](http://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf) , Zugriff: 24.05.2016

Jäger, Siegfried, Brandsätze-Rassismus im Alltag, Duisburg, DISS-Studie 1992 unter [http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Brandsaetze/Brandsaetze\\*web.pdf](http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Brandsaetze/Brandsaetze*web.pdf) , Zugriff: 01.06.2016

Kanak Attak: »Wir sind das Bodenpersonal des vahsi kapitalizm unter: <http://www.kanak-attak.de/ka/text/vahsi.html> , Zugriff: 01.06.2016

Karakayali, Serhat (2008): Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland., Bielefeld: transcript

Laufer, Benjamin (2016): Der Rassismus im Alltag nimmt zu, unter: <http://www.zeit.de/hamburg/stadtleben/2016-05/rassismus-gewalt-hamburg-straftaten-zunahme-diskriminierung-geringe-aufklaerung> , Zugriff: 15.05.2016

Migrationsrat Berlin –Brandenburg (2014): Diskriminierung an Berliner Schulen benennen: Von Rassismus zu Inklusion, Dokumentation des Symposiums unter [http://www.gewberlin.de/public/media/Dokumentation\\*Symposium\\*\\*Diskriminierung\\*an\\*Berliner\\*Schulen\\*benennen\\*.pdf](http://www.gewberlin.de/public/media/Dokumentation*Symposium**Diskriminierung*an*Berliner*Schulen*benennen*.pdf) , Zugriff: 01.06.2016

Nghi Ha, Kein/ Schmitz, Markus (2006): Das Recht nicht dermaßen integriert zu werden, in: a&k –analyse und kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis , Nr. 508/18.8.2006

Pagenstecher, Cord (2008): Das Boot ist voll« – Schreckensvision des vereinten Deutschland in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Band II: 1949 bis heute, Göttingen 2008 (zugleich Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 734), S. 606 – 613 unter <http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/netzwerkmira-38541/123/PDF/123.pdf> , Zugriff: 01.06.2016

Recht auf Stadt-Netzwerk, Plenum-Erklärung (2016): Migration findet Stadt. Gegen die Hysterie- für eine andere Planung, uner <http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net/aktuell/migration-findet-stadt-gegen-die-hysterie-%E2%80%93-f%C3%BCr-eine-andere-planung> , Zugriff: 12.05.2016

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus - Fachserie 1 Reihe 2.2 – 2014, Wiesbaden erschienen am 23.08.2015 unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Zugriff: 01.05.2016

Tsianos, Vassilis (2010): Zur Genealogie und Praxis des Migrationsregimes, Bildpunkt, Zeitschrift der IG Bildenden Kunst, 25.03.2010 unter <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2010/regimestoerungen/tsianos.htm>, Zugriff: 08.10.2014

## Autor\*innen

---

**Bahar Sanli** ist Gemeinwesenarbeiterin im Nachbarschaftshaus Urbanstraße und arbeitet seit 2009 gemeinsam mit Bewohner\*innen an verschiedenen Stadtteilthemen wie Wohnen, Migration und Inklusion. Der Arbeitsschwerpunkt liegt in einem gründerzeitlichen Altbaugebiet, dem Graefe-Kiez. Seit 2009 unterrichtet sie Gemeinwesenarbeit an der Evangelischen Hochschule Berlin.

**Markus Runge** arbeitet seit 1998 im Bereich Gemeinwesenarbeit des Nachbarschaftshauses und ist seit 2009 als stellvertretender Geschäftsführer zuständig für die fachliche Begleitung der Gemeinwesen- und Nachbarschaftsarbeit. Als Vorstand im Verband für sozial-kulturelle Arbeit und in der BAGFA engagiert er sich zugleich für eine bundesweite Stärkung der Themenfelder Bürgerschaftliches und Freiwilliges Engagement, Gemeinwesenarbeit, Partizipation und Teilhabe.

### Kontakt:

Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.

Urbanstr. 21

10961 Berlin

Tel. (030) 690 49 70

E-Mail: [m.runge@nachbarschaftshaus.de](mailto:m.runge@nachbarschaftshaus.de) (Markus Runge)

[gekko@nachbarschaftshaus.de](mailto:gekko@nachbarschaftshaus.de) (Bahar Sanli)

Internet: [www.nachbarschaftshaus.de](http://www.nachbarschaftshaus.de)

## Redaktion

---

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)